

HASHTAG PUBLICS – MEINUNGSFREIHEIT?

Theo Röhle



Die Tatsache, dass globale diskursive Formationen allein durch so etwas Unverbindliches wie einen Hashtag zusammengehalten werden können, gehört sicherlich zu den faszinierenderen Aspekten gegenwärtiger digitaler Kulturen. Der kürzlich erschienene Band »Hashtag Publics« widmet sich der Frage, wie Twitter die Entstehung solcher neuer Öffentlichkeiten begünstigt. In einem Beitrag beschreiben Jean Burgess, Anne Galloway und Theresa Sauter diese mit einem Begriff des Technikwissenschaftlers Michel Callon als »hybride Foren«. Solche Foren würden etablierte gesellschaftliche Grenzziehungen zwischen Spezialisten und Amateuren sowie zwischen Politikern und Bürgern aufweichen – sie ermöglichen stattdessen Räume, in denen gemeinsam Identitäten erkundet, aufeinander bezogen und dadurch transformiert werden könnten.

Inhaltlich – dies lässt sich seit dem letzten Jahr nicht mehr übersehen – geht es in diesen Foren jedoch oft wenig hybride zu. Im Zuge von Pegida, AfD und »Nein zum Heim« greift der Rassismus in all seinen Ausprägungen um sich, vom »besorgten Bürger« bis zum bekennenden Nazi. Und spätestens mit Anja Reschkes Tagesthemen-Kommentar ist »hate speech« zum dominierenden Thema geworden, wenn das Feuilleton über soziale Medien berichtet. Im Zeitalter der »Spreadable Media«, wie sie Henry Jenkins u.a. nennen, bleibt der Stammtisch nicht mehr unter sich, sondern drängt sich in die eigene Timeline. Die zunehmenden Fälle von Brandstiftungen und Übergriffen, deren diskursiver Nährboden offensichtlich in diesen Foren zu finden ist, werfen die Frage auf, wer für deren Inhalte verantwortlich ist.

Reflexhaft wird meist nach Interventionen der Plattformbetreiber gerufen. Doch die komplett auf Konnektivität und Zirkulation ausgelegte Logik der sozialen Medien hält für solche Probleme keine offensichtlichen Lösungen bereit. Wenn Geschäftsmodelle auf maximale Nutzeraktivität ausgerichtet sind, kann man nicht ernsthaft erwarten, dass Kontroversen eingedämmt werden, die eben diese Aktivitäten unterfüttern. Abgesehen davon ist politisch höchst fragwürdig, ob Privatunternehmen diese Rolle übernehmen sollten, wenn die aktuelle Europol-Reform bereits vorsieht, deren Plattformen zum verlängerten Arm des Staatsapparats zu machen. Auch die Klarnamenpflicht, noch vor wenigen Jahren von Facebook als Garant für eine sozialverträglichere Umgangsweise im Netz angepriesen, erweist sich als Trugschluss. Entweder betrachten sich Rassisten, wie Reschke meint, bereits selbst als Teil des Mainstreams und sehen daher auch unter eigenem Namen keine Notwendigkeit, einen zivilen Ton anzuschlagen. Oder sie sehen sich, wie Sascha Lobo erklärt, als Opfer des Mainstreams und damit per se im Recht, weil in Notwehr handelnd.

22

Diese Opfer-Perspektive ist für rechte Gruppierungen generell konstitutiv. Dies lässt sich besonders gut am Hashtag #istandwithsweden beobachten, unter dem seit Ende Oktober Rassisten und Rassistinnen aus aller Welt ihre ›Solidarität‹ mit Schweden kundtun. Die bis dato freigiebige Asylgesetzgebung des Landes wird als ›kultureller Selbstmord‹ imaginiert, als ›Beleg‹ werden Bilderreihen blonder Frauen mit Blumen im Haar mit frei erfundenen Vergewaltigungsstatistiken muslimischer Täter kombiniert. Als ideologische Folie erahnt man die einschlägigen »14 words« des US-Rechtsterroristen David Lane, die Nazis auf den Kampf um die »existence of our people« einschwören, die neben der »beauty of the White Aryan woman« unter ständiger Bedrohung stehe.

Interessant ist der Hashtag #istandwithsweden vor allem deshalb, weil er es bis in die »Trending Topics« von Twitter schaffte, also vom internen Algorithmus als ausreichend neu und aktiv qualifiziert wurde, um ihn per Twitter-Homepage einem breiten Publikum zu präsentieren. Für einen Moment schien es, als hätte diese drastische Form des Rassismus genügend Eigendynamik entwickelt, um im Mainstream anzukommen. Eine Datenanalyse, die von einem Journalisten der Zeitung »Dagens Industri« durchgeführt wurde, zeigt jedoch ein anderes Bild: Die Mehrheit der unter diesem Hashtag postenden Konten wurden kurz zuvor eingerichtet, waren also aller Wahrscheinlichkeit nach ›sock puppets‹, die geplant so orchestriert wurden, dass sie möglichst viel spontane Aktivität suggerieren. In einem Forum auf 4chan.org diskutierten zudem mehrere der Beteiligten, welche Strategien am besten zur Beeinflussung des Twitter-Rankings geeignet seien. Taktisch ungeschickte Tweets, die mit Fotos von dunkelhäutigen Kindern vor ›Überfremdung‹ warnten, wurden mit einem »Learn to Psyops!« abgekanzelt. Der Großteil der Diskussion dreht sich um

die Frage, mit welcher Propaganda man die »Normies« am besten erreicht, ohne sich selbst zu schnell als »Stormfag« zu erkennen zu geben.

Mitunter täuscht also der Eindruck spontan entstehender rechter Ad-Hoc-Öffentlichkeiten in sozialen Medien. Was als Eigendynamik erscheint, kann auch auf verteilte Strategien zurückgehen, in denen Provokationen gezielt platziert und Dynamiken bewusst gesteuert werden. Diese technisch avancierten Formen der psychologischen Kriegsführung werfen ein Problem auf, was die vorhandenen Lösungsvorschläge angeht. Denn die verbreitete Forderung nach individuellen Akten der ›counter speech‹ – im Freundes- und Bekanntenkreis sicherlich ein absolut probates Mittel – erscheint in der Konfrontation mit solchen Strategien wenig effektiv, wenn nicht gar naiv.

Vielleicht müssten stattdessen etablierte Begriffe wie »Tactical Media« und »Kommunikationsguerilla« unter den Bedingungen algorithmischer Öffentlichkeiten neu gefüllt werden. Fragwürdig ist jedoch, ob die Praktiken, die sich derzeit als besonders radikal gerieren, die besten Kandidaten für eine solche Aufrüstung sind. ›Doxxing‹, also die Offenlegung der Identität hinter Pseudonymen, inklusive Adresse, Telefonnummer usw. bis hin zum Kontaktieren des Arbeitgebers, gilt z.B. als effektives Mittel im Kampf um die Meinungshoheit im Netz. Wie Felix von Leitner und Frank Rieger in ihrem Podcast »Alternativlos« diskutieren, verlieren solche Taktiken, die letztlich auf gesellschaftliche Ausgrenzung abzielen, jedoch unter den aktuellen technischen Voraussetzungen ihre Wirkung. Denn im Netz spielt die geografische Entfernung keine Rolle und die Ausgegrenzten finden ihre eigenen Nischen. Hinzu kommt, dass die ausführenden Organe dieser Taktiken, insbesondere die berechtigten ›Social Justice Warriors‹, dazu tendieren, ein immer kleineres Gebiet akzeptabler Meinungsäußerungen zu definieren, um dann auf Übertritte mit immer größerer moralischer Entrüstung zu reagieren. Dies lässt eher Beklemmung aufkommen als Hoffnung.

Als produktiv könnte sich stattdessen eine Historisierung der gegenwärtigen Problematik erweisen. Vor allem die Geschichte des Usenet zeigt exemplarisch, wie stark die frühe Internetkultur mit dem Gedanken der freien Meinungsäußerung verknüpft war, aber auch, wie problematisch dessen Umsetzung in die Praxis war. In John Perry Barlows »Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace« hieß es: »Wir können die Luft, die uns erstickt, von der nicht trennen, die unsere Flügel emporhebt.« Keine Instanz sollte also in die Lage versetzt werden, zu entscheiden, welche Positionen akzeptabel sind. Noch heute gilt manchen Reddit-Kommentatoren Moderation als unnatürliche Intervention, allerdings haben sich in der Zwischenzeit die technischen Voraussetzungen grundlegend geändert.

In den Anfangsjahren des Usenet war Datenübertragung, vor allem internationale, vergleichsweise teuer. Die Server-Administratoren, die für das Weiterleiten der Nachrichten zuständig waren, betrachteten das Wuchern der Diskurse

im Usenet dementsprechend mit Sorge. Die Einführung der Kategorie ›talk‹ diente schließlich dazu, langwierige und textintensive Diskussionen aus den stärker thematisch fokussierten Foren herauszulösen. Gleichzeitig schuf dies jedoch die Möglichkeit, kontroverse Themen en bloc herauszufiltern oder sogar zu löschen. Was den einen als pragmatische Lösung für ein Überlastungsproblem galt, bedeutete für andere einen Angriff auf das Grundprinzip der freien Meinungsäußerung.

Erzählungen von den legendären ›Flamewars‹, die in Usenet-Foren ausgefochten wurden, sind häufig von einem nostalgischen Schimmer umgeben. Dies mag am zeitlichen Abstand liegen, es könnte aber auch sein, dass hier tatsächlich Formen der Auseinandersetzung gefunden wurden, die zwar brachiale, aber eben auch spielerische Züge trugen. Dazu scheint gerade die pseudonymisierte Kommunikation beigetragen zu haben, denn während ›flaming‹ und ›trolling‹ noch eher Züge von Probehandeln trugen, erfolgt der Übergang von Wort zu Tat beim heutigen ›hating‹ wohl direkter.

24 Geht man die einschlägigen ›netiquette‹-Dokumente aus Usenet-Zeiten durch, stellt man fest, wie ernsthaft hier an der Etablierung einer gemeinsamen Kommunikationskultur gearbeitet wurde, die gleichzeitig möglichst offen für unterschiedlichste Positionen bleiben sollte. Auch der Aufwand, der für die Pflege von FAQs betrieben wurde, um Neankömmlingen mit ›dummen‹ Fragen oder Ansichten einen Einstieg in die Debatte zu ermöglichen, ist aus heutiger Sicht bemerkenswert. Außer den ins Interface gegossenen formalen Rahmenbedingungen – also den Aspekten, die sich am einfachsten automatisieren lassen – ist in sozialen Medien von diesem Geist jedoch nichts geblieben.

Die zentrale Frage ist, ob ein Ethos der Zuständigkeit und Verantwortung, das schon im Rahmen der Usenet-Foren an seine Grenzen stieß, überhaupt bis in die Dimensionen der »Hashtag Publics« ausdehnbar ist. Im »Alternativlos«-Podcast wird darüber nachgedacht, inwiefern FAQs geeignet wären, in heutigen Foren einen Umgang mit latentem Rassismus zu finden, ohne automatisch in den ausgrenzenden Modus moralischer Überheblichkeit zu kippen. In eine ähnliche Richtung gehen Überlegungen von Christoph Kappes auf netzpolitik.org, den Auftrag öffentlich-rechtlicher Institutionen um eine Art »Second-Level Support für Community Manager« zu erweitern, um die Etablierung gemeinsamer Strukturen zu befördern. Solche pragmatischen Ansätze weisen sicherlich Richtungen auf, in die es gehen könnte. Wirklich weitsichtige Vorschläge, wie man – individuell und kollektiv – Verantwortung für die Aushandlung sozialer Räume im Netz organisieren könnte, um diese nicht dem rechten Opferwahn auszuliefern, sind derzeit jedoch kaum im Gespräch.

Diese Orientierungslosigkeit scheint durchaus symptomatisch für eine Krise der freien Meinungsäußerung allgemein. Deren Ideengeschichte spannt John Durham Peters in seinem Buch »Courting the Abyss« zwischen den Polen Moderne, Postmoderne und Antimoderne auf. Diese ordnet er wiederum grob

den Modi liberale Toleranz, kulturelle Grenzüberschreitung und konservative Missbilligung zu. Er weist darauf hin, dass sich zwischen den ersten beiden Polen eine besondere Arbeitsteilung etabliert hat: Kulturelle Grenzüberschreitung liefert das schwer erträgliche Material, dem sich die liberale Toleranz in einem Akt des »homöopathischen Machismo« aussetzt, um daraus gestärkt hervorzugehen. Grundidee ist, dass die Gesellschaft das ständige Infragestellen von den Grenzen her braucht, um im Kern zusammenzuhalten.

Voraussetzung hierfür ist allerdings ein ungetrübter Glaube an die Durchsetzungskraft der modernen Rationalität auf dem »Marktplatz der Ideen«. Vieles spricht dafür, dass diese »free speech story« an ihre Grenzen gelangt ist. War die Netzdebatte vor zehn Jahren noch von Vorstellungen wie »Smart Mobs«, »kollektiver Intelligenz« und der »Weisheit der Massen« geprägt, so scheint das Urvertrauen in die unsichtbare Hand inzwischen brüchig. »Liberal »glasnost« and strenuous toleration of the extremist are no longer the lukewarm sea in which the common culture floats but rather a beleaguered, even minority position«, so Peters. Parallel zur ökonomischen Krise, die staatliche Regulierung zumindest in Ansätzen wieder rehabilitiert hat, sollen nun auch auf dem Gebiet der Diskurse wieder Barlows »Riesen aus Fleisch und Stahl« ans Ruder gelassen werden. Angesichts der zunehmenden Dominanz antimoderner Positionen ist dies keine zukunftsweisende Strategie, sondern eher ein Armutszeugnis. ◆